



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

11. Sitzung (öffentlich)

8. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)
Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006) | 1 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

§ 19 - Schulpauschale

Ministerin Barbara Sommer führt in den Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - ein - siehe Vorlage 14/353. Es folgt eine Aussprache.

2	Die vorschulische Sprachförderung von Kindern muss weiter verbessert werden	7
----------	--	----------

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/176

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, kein Votum zu dem Antrag abzugeben.

3	Das Verbundsystem Schule und Leistungssport ausbauen - kein Etiketten-Schwindel mit Sportschulen	7
----------	---	----------

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/286

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen verschoben.

Aus der Diskussion

Vor **Eintritt in die Tagesordnung** macht Vorsitzender Große Brömer darauf aufmerksam, dass der Schulausschuss heute noch die Möglichkeit habe, zu dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/716 ein Votum zu fassen, da der federführende Ausschuss für Generationen, Familie und Integration am nächsten Tag abschließend darüber beraten werde.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

§ 19 - Schulpauschale

Ministerin Barbara Sommer führt in den Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - ein - siehe Vorlage 14/0353.

Michael Solf (CDU) erinnert an die Debatten im Zusammenhang mit der Haushaltseinführung in den letzten Jahren. Er habe sich gefragt, wie CDU und FDP reagieren würden, wenn sie heute noch in der Opposition säßen. Der Haushalt sei ein sagenhafter Sprung nach vorne. Man habe hier eine großartige Geschichte vernommen.

Die Ministerin habe die Schulleitungsentlastungen angesprochen. Die Schulleiter seien in den letzten Jahren immer mehr belastet worden. Sie frage, wie die Zahl 230 zustande komme.

Ute Schäfer (SPD) betont, dieser Haushalt lasse Klarheit und Wahrheit vermissen. Im Vergleich zum Vorjahreshaushalt könne man einige Rechenoperationen nicht richtig nachvollziehen, Beispiel Landesinstitut für Schule: Die SPD-Fraktion vertrete nicht die Meinung, dass man das Stellenvolumen am Landesinstitut reduzieren sollte. Hier würden wichtige Aufgaben für das Land Nordrhein-Westfalen gemacht, was entsprechend zu würdigen sei.

Sie habe in dem Erläuterungsband zum Einzelplan 05 - Vorlage 14/293 - verschiedene Kürzungsvorschläge gefunden. Einmal gehe es um das Personalbudget, dann um die kameralistische Darstellung. Angeblich würden 42 Stellen gekürzt, dann heiße es wieder fünf Stellen - siehe Seite 229 in Vorlage 14/293, Tabelle Stellenentwicklung. Sie frage, welche Zahlen denn gelten würden. Aus ihrer Sicht werde viel verschleiert. Auch wüsste sie gerne, wie die Stellenvolumina berechnet würden. Die Zahlen 50.000 beziehungsweise 51.000 würden als Berechnungsgröße aufgeführt.

2.500 Stellen seien für den Unterrichtsausfall, Vertretungsreserve oder besondere Förderaufgaben vorgesehen. Sie seien den unterschiedlichen Schulen für unterschiedliche Zwecke zugewiesen worden. Auch das könne sie nicht nachvollziehen und frage, wie ein Schulleiter das in der Statistik ausweisen solle. Die 1.610 neuen Planstellen reduzierten sich um 900 Stellen, die schlicht und einfach umgeschichtet würden. Auf der einen Seite würden 1.000 neue Stellen geschaffen, auf der anderen Seite aber 500 Stellen kw-gestellt. 500 blieben also übrig. Die 210 Stellen für den offenen Ganzttag könne man auch nicht als Stellen für den Unterrichtsausfall bewerten. Die Stellenentwicklung sei überhaupt nicht nachvollziehbar. Das nenne sie eine Nebelkerzenaktion.

Zur offenen Ganztagsgrundschule bitte sie darzulegen, wie viele Plätze für das kommende Schuljahr geplant seien und wie man die Zahl 200.000 erreichen wolle. Die Ministerin habe von fünf Prozent Kürzungen im Weiterbildungsbereich gesprochen. De facto werde dieser Bereich aber um 20 % gekürzt, weil die Kürzungen, die zuvor im Doppelhaushalt enthalten gewesen seien, ausdrücklich auf das Schuljahr 2004/2005 begrenzt gewesen seien.

Sigrid Beer (GRÜNE) geht davon aus, dass Herr Solf mit gleichem Enthusiasmus die 4.000 Lehrerstellen, das Äquivalent für die Arbeitszeiterhöhung der Lehrerinnen und Lehrer in der letzten Legislatur begrüßt habe.

Sie habe jetzt noch einige Verständnisfragen: In Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - würden 1.000 Stellen für angestellte Lehrkräfte in Beamtenstellen umgewandelt. Sie frage, ob es sich dabei um diejenigen handele, die mit dem Nachtragshaushalt eingerichtet worden seien. Auch wisse sie gerne, ob nach Beschlussfassung des Haushaltes alle im Herbst eingestellten Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet würden.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre seien zusätzliche Stellen für die Berufskollegs notwendig gewesen, weil die Schülerzahlen in diesem Bereich gestiegen seien. Die Ministerin habe erklärt, sie rechne damit, dass mehr Vollzeitbildungsgänge in Anspruch genommen würden. Sie gehe demnach weiterhin von einer sehr prekären Lage auf dem Ausbildungsmarkt aus, weshalb es auch zu einem vermehrten Zugang im Kolleg kommen werde. Sie frage, wie zutreffend die Prognosen seien. Weitere Detailfragen wolle sie gerne schriftlich einreichen.

Staatssekretär Günter Winands (Ministerium für Schule und Weiterbildung) stellt heraus, die angesprochenen Stellen stünden nicht im Nachtrag, sondern es seien die Stellen, die auf Angestelltenbasis geschaffen worden seien. Sie würden zum 1.8. in Beamtenstellen umgewandelt.

Dass diejenigen, die zum 1.2. eingestellt worden seien, direkt verbeamtet würden, sei darauf zurückzuführen, dass die Absicherung durch den Haushalt gegeben sei.

Zu den vollzeitschulischen Ausbildungsgängen: Die genannten Zahlen seien sehr defensiv prognostiziert worden. Eine konjunkturelle Besserung sei nicht eingerechnet worden. Wenn es zu einer konjunkturellen Besserung komme, würden weniger Lehrer benötigt, weil mehr junge Menschen in die duale Ausbildung hineingingen. Angesichts der konjunkturellen Daten würden zurzeit 2.000 Stellen an den Berufskollegs und in der Sekundarstufe II mehr benötigt als vor zehn Jahren.

Zu den Ganztagsplätzen: Zum 1.8. dieses Jahres gehe man von 109.000 Plätzen im offenen Ganzttag aus, 102.700 in den Grundschulen und rund 7.000 in den Förderschulen. Die Zahlen seien auf der Grundlage der beantragten Bundesmittel geschätzt worden. Wenn man Bundesmittel in Anspruch nehmen wolle, sei davon auszugehen, dass auch entsprechende Gruppen vorhanden seien. Ob eine Schule ein Ganztagskonzept umsetzen könne, hänge natürlich auch davon ab, ob die entsprechenden Beschlüsse vorlägen. Derzeit gebe es 71.100 Plätze.

Zur Lehrerstellenberechnung: Von den 2.000 kw-Stellen würden 500 Stellen allein deshalb nicht mehr benötigt, weil man einen Schülerrückgang habe. Die Rechnung - 1.000 neue Lehrerstellen werden geschaffen, 500 abgezogen - gehe nicht auf, weil die 500 kw-Stellen aufgrund des Schülerrückgangs ausgebracht seien. Das Geld sei in keiner mittelfristigen Finanzplanung enthalten gewesen, sodass die 1.500 Stellen zusätzlich mit dem Finanzminister hätten ausgehandelt werden müssen. Für diese 1.500 Stellen sei keine Finanzvorsorge getroffen worden.

Zur Weiterbildung: Wenn die SPD jetzt ihre eigenen Kürzungen nicht mehr zur Kenntnis nehme, so sei das ihr Problem. Jetzt versuche man nachzuweisen, dass sie diese Stellen in der mittelfristigen Finanzplanung für das nächste Schuljahr vorgehalten hätte. Im alten Haushalt sei von den Koalitionsfraktionen eine Kürzung von 15 % vorgenommen worden. Sonst hätten sich die Weiterbildungseinrichtungen auch nicht darauf eingestellt, dass sie 15 Millionen nicht mehr bekommen würden.

Zu den 230 Stellen: Für alle 6.700 Schulen sei jeweils eine Entlastungsstunde vorgesehen, und zwar unabhängig von der Schulgröße, was vor allem den kleinen Einheiten zugute komme. Vor allem in den Grundschulen schlage die Entlastungsstunde zu Buche schlage. Eine Stunde pro Schule mache in der Summe 230 Stellen aus.

Vorsitzender Große Brömer geht davon aus, dass der Vorschlag, weitere Detailfragen schriftlich einzureichen, von allen akzeptiert werde.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bewertet den Landeshaushalt anders als die SPD-Fraktion. Sie bedanke sich bei der Ministerin und der Landesregierung. Es sei ein wahrer Kraftakt gewesen, diesen Haushalt aufzustellen - Stichwort: weniger Schüler, mehr Lehrer, kleinerer Landeshaushalt insgesamt, größerer Schulhaushalt. Es werde deutlich, wo die Priorität in der Landespolitik liege.

So, wie es vor der Wahl versprochen worden sei, stelle es sich bereits bei der Aufstellung des ersten Landeshaushaltes dar. Obwohl riesige Konsolidierungsaufgaben an-

stunden, sei der Schulhaushalt größer geworden. Die Systematik dieses Haushaltes mache deutlich, dass die Umstellung von der Gießkannenförderung hin zu einer bedarfsgerechten Förderung unter Berücksichtigung eines Sozialindex, der sorgfältig ausgearbeitet worden sei, eingeleitet werde. Nur so würden Unterrichtsqualität und Unterrichtsergebnisse verbessert.

Es werde auch deutlich, dass an zwei Polen intensiv gearbeitet werde, einmal an der Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen, zum anderen an den inhaltlichen Folgen des Haushaltes mit der Novellierung des neuen Schulgesetzes. - Für sie sei der Haushalt sehr klar und sehr deutlich. Fragen ergäben sich schlicht keine.

Sören Link (SPD) unterstreicht, demgegenüber habe er eine ganze Reihe von Fragen. Man werde sie aber heute nicht klären. Dass in den Schulhaushalt eine Menge Geld gesteckt werde, werde nicht bestritten. Das sei eine feine Sache. Wenn man genauer hinschaue, ergäben sich aus Sicht der Opposition oft andere Bewertungen als aus Sicht der regierungstragenden Fraktionen.

Beim Thema Weiterbildung sei es interessant zu vergleichen, was CDU und FDP vor der Wahl den Verbänden gegenüber versprochen hätten.

Mit Blick auf die 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen 2005 habe es in der Power-Point-Präsentation in einem Sternchen als Fußnote geheißen: 105 von den 1.000 zusätzlichen Stellen seien hier veranschlagt. Er frage, ob das für alle Schulkapitel gelte oder ob die 1.000 in den jeweiligen Schulformen veranschlagt worden seien.

Klaus Kaiser (CDU) kommt auf die Schüler-Lehrer-Relation zu sprechen. Er frage, ob die Schüler-Lehrer-Relationen sich in allen Schulformen zum neuen Schuljahr verbesserten.

Die Ministerin habe beim Fortbildungsbudget dargelegt, dass die Personalkosten budgetiert worden seien. Für den Ganzttag würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Um die Größe der Investitionen genauer zu erfassen, wäre es hilfreich, wenn die Lehrerstellen in das Budget mit eingerechnet würden.

Die neue Regierung gebe bekannt, dass man Mittel übertragen könne und dass Mittel gegenseitig deckungsfähig seien. Es habe ihn überrascht, dass das erst jetzt von einer Landesregierung eingeführt werde.

Carina Gödecke (SPD) möchte wissen, wie die Aussage von Frau Ministerin zu verstehen sei, dass die Träger der Weiterbildungseinrichtungen trotz der erheblichen Kürzungen grundsätzlich ihre Beteiligung am Weiterbildungsgesetz nicht infrage gestellt hätten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) merkt an, sie habe die FDP im Wahlkampf so verstanden, dass sie sofort 8.000 neue Stellen schaffen wolle. Auf vielen Veranstaltungen habe sie dieses Ziel vernommen.

Frau Löhrmann fragt die Ministerin, ob sie bestätigen könne, dass die jetzt vorgesehene Erhöhung der Mittel für die Ersatzschulfinanzierung auf die von der alten Regierung wieder eingestellte gesetzliche Finanzierungsperspektive für das Jahr 2006 ff. zurückzuführen sei.

Zum Thema Weiterbildung: Die Ministerin habe gesagt, dass im Koalitionsvertrag von 20 % Kürzungen bei gesetzlichen Leistungen die Rede sei. Im Koalitionsvertrag stehe aber auch: Bei Bildung wird nicht gekürzt. Eines könne ja nur stimmen. Sie frage, ob die Weiterbildung auch zur Bildung gehöre.

Bei der Fortschreibung des offenen Ganztagsschulprogramms im Primarbereich gehe die Ministerin davon aus, dass es weiterhin Elternbeiträge für den Betreuungsanteil gebe. Sie frage, ob das dann Schule heiße oder nicht.

Die Rednerin möchte des Weiteren wissen, ob alle Stellen, die im Haushaltsplan stünden, unmittelbar zur Besetzung freigegeben würden.

Leitender Ministerialrat Willi Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung)

legt dar, die mit Zutun des Haushalts- und Finanzausschusses eingerichteten 1.000 Stellen seien in das Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - eingestellt worden. Damit könnten sie dort, wo sie benötigt würden, in die Schulformen gegeben werden. Der Einführung zum Haushalt sei zu entnehmen, wo die Stellen faktisch angekommen seien.

Damit sei ein Vergleich möglich, bei welcher Schulform es einen Zuwachs an Lehrerstellen gebe. Für 2005 sei die Aufteilung aller Stellen aus dem Kapitel 05 300, für 2006 die geplante Aufteilung der Stellen präsentiert worden, damit die gesamte Summe bewertet werden könne.

Zur Schüler-Lehrer-Relation: Am Weiterbildungskolleg habe sich die Schüler-Lehrer-Relation nicht geändert. Ansonsten sei die Schüler-Lehrer-Relation in allen Bildungsgängen besser geworden. Von zentraler Bedeutung sei die Einführung von Englisch in den Grundschulen, die Schulleitungsentlastung in allen Schulformen mit der Summe 500, aufgeteilt auf die Schulformen, und eine Veränderung in der Stundentafel in der Sekundarstufe I von 179 auf 188 Stunden, was sukzessive aufgebaut werde.

Herr Kaiser habe nach den Mitteln gefragt, die insgesamt für die Ganztagsangebote verausgabt würden. In der Präsentation sei die Stellenzahl 620 plus für den Bereich Hauptschule, Förderschule, 210 plus für den Primarbereich dargestellt worden. In der Summe seien die Stellen auch in Geld umgerechnet worden. Die 150 Millionen € Gesamtsumme gebe auch die Finanzierung der Stellen wieder.

Bei der Steuerung sei es so, dass der Landeshaushalt auf eine Gesamtbudgetierung umgestellt werde. Als ersten Schritt gebe es ab 1.1.2006 die Personalausgaben-Budgetierung. Neben dem Management von Stellen müsse ein Budget geführt werden. Er halte es für richtig, sich langfristig von dem Denken in Stellen zu lösen. Das Denken in Geld sei mit Vorteilen verbunden, weil dadurch die Überjährigkeit gesichert werde. Im Umfang dürften diese Mittel im Folgejahr eingesetzt werden. Das führe bei einem ökonomischen Verhalten zu einem Gewinn, nicht nur für die Schule, sondern auch im Verwaltungsbereich.

Aufgrund der zeitnahen Prognosen könne man auf die Auswertung der Schuldaten reagieren. Ohne die Kollegen vom Finanzministerium um Erlaubnis zu bitten, könnten die Stellen zwischen den Schulformen verschoben werden. Man könne auch wechseln zwischen A 12 und A 13, betreffend die Bewegung zwischen Hauptschule und Realschule. Das führe zu zusätzlicher Flexibilität.

Frau Löhrmann habe gefragt, ob alle Stellen im Haushalt besetzt würden. Die Stellen würden alle besetzt, sofern man entsprechende Bewerberinnen und Bewerber habe. Die neuen zusätzlichen Stellen stünden ab August 2006 zur Verfügung.

Die Stellen für den Hauptschulganztags stünden ab 1.2. zur Verfügung. Zwanzig Schulen seien an den Start gegangen. Die Stellen würden auch jetzt schon besetzt, weil sie im Zweiten Nachtrag 2005 enthalten gewesen seien. Zum großen Teil werde sich das erst im August realisieren.

Zu den offenen Ganztagsangeboten: Nach wie vor gebe es Elternbeiträge. Das sei ein Unterschied zur Hauptschule und zur Förderschule in der Sekundarstufe I.

„Wir haben hier eine Verdoppelung der Lehrerstellenzahl, von daher kann es auch Schule genannt werden“, ergänzt **Ministerin Barbara Sommer**.

StS Günter Winands (MSW) macht darauf aufmerksam, dass es mit Blick auf die soziale Staffelung entsprechende Rechtsverfahren gegeben habe. Die soziale Staffelung werde über den Referentenentwurf hinaus in eine gesetzliche Grundlage gebracht. Es habe ein Gerichtsverfahren gegeben, in dem ein Vorbehalt des Gesetzes eingefordert worden sei. Jetzt sei vorgesehen, für die soziale Staffelung eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage zu schaffen.

Natürlich sei es schmerzhaft, im Bereich Weiterbildung zu kürzen, unterstreicht **Ministerin Barbara Sommer**. Mit den Verbänden seien Gespräche geführt worden. Auch das Schulministerium müsse sich an der Haushaltskonsolidierung beteiligen. Solange die Kürzungen in diesem Umfang blieben - so sei versichert worden -, könnten die Einrichtungen ihre Arbeit fortsetzen. Mit diesem Ergebnis könne man auch andernorts leben.

Der Anstieg bei der Ersatzschulfinanzierung sei auch Ausdruck dessen, dass der Zugang zum Gymnasium stärker geworden sei, gibt **StS Günter Winands (MSW)** an. Das sehe man auch an den Anmeldezahlen an den Schulen in freier Trägerschaft. Der Anstieg von 34,6 sei durch die Schülerzahlen bedingt. Die Lehrerzahl steige auch im Bereich der freien Träger an. Diese Stellen würden vom Land finanziert. - Sie habe gefragt, ob die gesetzliche Grundlage für die Steigerung von rot-grün gelegt worden sei, wiederholt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)**.

Die frühere Landesregierung habe die 94 % im Haushalt belassen, verdeutlicht **Staatssekretär Günter Winands (MWS)**. Die Zahl sei einmal runter gefahren worden, dann habe Rot-Grün den Normalzustand wiederhergestellt.